10 / 2012 www.sabine-baetzing.de 23.03.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
dieses mal fing meine Sitzungswoche bereits am Samstag an. Wir haben uns in der Bundestagsfraktion mit der Bundesversammlung beschäftigt und dann am Sonntag Joachim Gauck als neuen Bundespräsidenten gewählt. Es war für mich ein schönes Gefühl, einen Bundespräsidenten mitzuwählen, dem ich eine gute Amtsführung zutraue. Er hat glaube ich alle schon mit seiner ersten Ansprache nach der Wahl davon überzeugt, dass es nun besser weitergeht.
Bei der letzten Bundesversammlung saß ich hochschwanger zu Hause und hoffte inständig, dass es nicht auf meine fehlende Stimme ankommen würde. Das war ja dann auch nicht so. Dieses mal war eine große Mehrheit sicher und ich konnte ganz entspannt meine Stimme abgeben.
Ich hoffe, ihr könnt alle ein sonniges Wochenende genießen und euch schon auf die Osterferien freuen!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Landtagswahlen – Aus eins mach drei!

Die politische Lage befindet sich in einem dramatischen Wandel. Der Zerfallsprozess von Schwarz-Gelb hat sich noch einmal stark beschleunigt. Anfang des Jahres schien es noch so, als sei Schleswig-Holstein das einzige Land, in dem gewählt würde.
Dann kam der Bruch der Jamaika-Koalition an der Saar, die zuletzt nur noch als „Fluch der Karibik“ galt, mit vorgezogenen Neuwahlen am 25. März. Schwarz-Gelb erweitert um Schwarz-Grün hat sich als gesteigertes Chaos und als potenzierte Verantwortungslosigkeit erwiesen.
Vergangene Woche dann die besinnungslose Zockerei von Union und FDP um den Haushalt im Düsseldorfer Landtag, die von Hannelore Kraft konsequent mit Neuwahlen beantwortet wurde. Die FDP schlittert dabei in ihr eigenes Verderben. Sie ist drauf und dran, sich zu Tode zu taktieren und aus dem Landtag herauszufallen.
2012 ist zum Jahr der Entscheidungen geworden. Drei Länder stehen vor Wahlen.
Im Saarland werden wir mit Heiko Maas an der Spitze in Regierungsverantwortung zurückkehren. Wir kämpfen darum, stärkste Partei zu werden und den Ministerpräsidenten zu stellen.
In Schleswig Holstein wollen wir am 6. Mai mit Torsten Albig als Ministerpräsidenten eine rot-grüne Mehrheit erringen. Die Chancen stehen gut, Schwarz-Gelb auch in Kiel abzuwählen.

Mit offenem Visier und klarem Ziel gehen wir in die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai. Hannelore Kraft soll Ministerpräsidentin bleiben, und Rot-Grün soll mit eigener Mehrheit weiterregieren. Im größten Bundesland, Herzkammer industrieller Leistungsfähigkeit und Heimat von fast 18 Millionen Menschen, entscheidet sich ein gutes Stück Zukunft für Deutschland. Hannelore Kraft hat in den zurückliegenden zwei Jahren neue Hoffnung vermittelt. Die Menschen haben Vertrauen in ihre Ministerpräsidentin. Rot-Grün hat gut regiert – stabil, seriös und sachorientiert. Schwarz-Gelb hingegen stand an Rhein und Ruhr für das Ausbluten der Kommunen, für Chancenungleichheit, Stillstand bei Bildung, für Klientelpolitik und für Schuldenmacherei.
Schwarz-Gelb hatte für 2012 noch eine Neuverschuldung von sechs Milliarden Euro geplant. Jetzt liegt sie unter drei Milliarden.
Rot-Grün hat die Studiengebühren abgeschafft, einen parteiübergreifenden Schulkonsens erreicht und den Kommunen mehr Geld gegeben. Ich bin sicher, dass die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von den Bürgerinnen und Bürgern im Amt bestätigt wird.
Kein Wunder, dass ihr Herausforderer seinen eigenen Aussichten nicht traut und vorsichtshalber eine Rückfahrkarte nach Berlin behalten will. Norbert Röttgen kann sich bis heute nicht entscheiden, ob er auch bei einer Niederlage in Nordrhein-Westfalen bleibt. Er kann auch nicht sagen, welche Koalition er in Düsseldorf anstrebt und hält sich alles offen.
Er hat in Berlin als Bundesumweltminister bei der Steuerung der Energiewende versagt. Als CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen war er abwesend. Nun wird er ein halbherziger Kandidat, der mit seiner Niederlage rechnet und mit einem Auge auf sein Amt in Berlin schielt. Das kann nichts werden.

Bundespräsident

„Was für ein schöner Sonntag!“!

Joachim Gauck ist mit großer Mehrheit in der Bundesversammlung im ersten Wahlgang zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden. In dieser Woche hat er sein Amt angetreten. Wir haben seit 2010 und auch nach dem Rücktritt von Christian Wulff gradlinig zu Joachim Gauck gestanden.
Er wird unserem Land gut tun. Er wird die Würde des Präsidentenamtes wieder herstellen. Vor allem kann er den Wert der Demokratie und ihrer Institutionen wieder bewusst machen. Dazu gehört, dass Gauck auch uns zur Diskussion herausfordern wird. Aus allen diesen Gründen ist er der richtige Präsident zur richtigen Zeit.

Sabines Woche Infoservice

Familie

Betreuungsgeld – Steuermittel werden verplempert!

Ganze 1,2 Milliarden Euro soll der Unsinn Betreuungsgeld kosten. Das sind wichtige Mittel, die beim Kitaausbau schmerzlich fehlen. Jetzt steht bereits fest, dass einige Städte und Gemeinden es nicht schaffen, bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz am 1. August 2013 ein ausreichendes Betreuungsangebot anzubieten.

Ein zentraler Grund für diese Misere ist, dass die damalige Bundesministerin von der Leyen 2007 den Bedarf mit 35 Prozent veranschlagt und damit deutlich unterschätzt hat. Tatsächlich liegt der Betreuungsbedarf nach Schätzungen bei mehr als 40 Prozent. Deshalb muss der Bund jetzt nachsteuern und dem Kitaausbau mit weiteren Finanzmitteln auf die Sprünge helfen. Die 1,2 Milliarden Euro wären hier bestens investiert.

Doch Bundesministerin Schröder weigert sich beharrlich, beim Kitaausbau Verantwortung zu übernehmen. Sie ruft weder einen neuen Krippengipfel ein noch stockt sie den Bundesanteil an der Kitafinanzierung auf oder bemüht sich um die Gewinnung weiterer Erzieherinnen und Erzieher. Stattdessen verplempert sie mit den 1,2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld wertvolle Steuermittel für eine Maßnahme, vor der Expertinnen und Experten unisono warnen:

Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Es erschwert frühe Bildung und bessere Integration für die Kinder genauso wie eine frühe Rückkehr der Mütter ins Erwerbsleben.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass Frau Schröder ihr Versagen beim Kitaausbau durch das Betreuungsgeld vertuschen will. Wenn das Betreuungsgeld Kinder vom Kitabesuch abhält, müssen nicht so viele Betreuungsplätze vorgehalten werden. Damit macht die Ministerin eine Rechnung auf zulasten von Kindern und Eltern, zulasten von Bildung und Integration und auch zulasten der deutschen Wirtschaft.

Finanzen

Kalte Progression – Grundsätzliche Reform ist gerechter!

In der Anhörung des Finanzausschusses am Montag über den Gesetzentwurf zum Abbau der Kalten Progression stießen die Steuervorschläge von Schwarz-Gelb erneut auf deutliche Kritik. Die Experten widersprachen zunächst der Behauptung, dass alle Einkommensbezieher in gleichem Maße von der Bekämpfung der kalten Progression profitieren. Kalte Progression habe für Bezieher niedriger Einkommen kaum Bedeutung.

Wegen ihrer geringen Steuerlast sei eine progressionsbedingte Steuermehrbelastung ohne Bedeutung. Eine effektive Entlastung von Geringverdienern lässt sich deshalb durch eine Dämpfung der Kalten Progression nicht erreichen. Mehr Steuergerechtigkeit lässt sich nach Auffassung der Experten nur durch eine grundsätzliche Reform des gesamten Einkommensteuertarifs mit dem Ziel einer ausgewogenen Belastungsverteilung umsetzen. Die Deutsche Steuergewerkschaft kritisierte die falsche Prioritätensetzung der schwarz-gelben Koalition, die der breiten Streuung kleiner Steuerentlastungen den Vorrang vor einer soliden Finanzierung öffentlicher Aufgaben einräumt.

Auf der einen Seite werden mit dem Hinweis auf leere Kassen von Bund und Länder sinnvolle Investitionen in Bildung, Infrastruktur -und angemessene Löhne verweigert. Auf der anderen Seite werden mehr als sechs Milliarden Euro mit der Gießkanne verteilt, um Ledige mit einem Einkommen von 30.000 Euro pro Jahr um 150 Euro also um 12,50 Euro pro Monat zu entlasten. Solche Minientlastungen sind für Familien kaum spürbar. Selbst Vertreter der Wirtschaftsverbände bescheinigten der Regierung, dass mit einer solchen "Mini-Entlastung" weder Wachstums- noch Investitionsanreize gesetzt werden können.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die von Schwarz-Gelb vorgeschlagene Steuersenkung vor allem hohe Kosten bei nur geringen Verteilungs- und Wachstumseffekten bringt. Die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger sollen einen hohen Preis dafür bezahlen, dass Schwarz-Gelb mit dieser Steuerreform von ihren unrealisierbaren Steuersenkungsversprechungen in der Koalitionsvereinbarung - 24 Milliarden Euro - ablenken wollen. Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus.

Ohne Konto – Über 600.000 Menschen betroffen!

Wieder einmal wird die schwarz-gelbe Koalition in ihrer ganzen Untätigkeit von der Europäischen Kommission vorgeführt. Dabei ist Kontolosigkeit in Deutschland längst kein Randproblem mehr: Über 600.000 Menschen verfügen in Deutschland unfreiwillig über kein Girokonto. Die schwarz-gelbe Koalition interessiert das offensichtlich wenig.

Stattdessen wird weiter blind auf die Selbstregulierung der Branche vertraut. Doch dieses Prinzip ist gescheitert. Seit Jahren passiert in der Kreditwirtschaft bei diesem Thema nichts. Versprechungen werden nicht eingehalten, Fortschritte blockiert.

Die Europäische Union ergreift nun endlich die Initiative. Die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben unserer modernen Gesellschaft setzt den Zugang zu den wichtigsten Finanzdienstleistungen voraus. Ohne Girokonto können Menschen nur schwer eine Wohnung finden, Steuern zahlen oder staatliche Leistungen erhalten.

Wir brauchen endlich eine gesetzliche Verpflichtung der Kreditinstitute, kontolosen Kunden auf Antrag ein Girokonto für Jedermann einzurichten, sofern das im Einzelfall nicht unzumutbar ist. Die EU-Kommission ist aufgefordert, schnellstmöglich eine entsprechende Initiative vorzulegen, und damit nicht bis Ende des Jahres 2012 zu warten.

Andernfalls muss Deutschland national vorangehen. Wir haben dazu schon vor Monaten als erste Partei im Deutschen Bundestag entsprechende Forderungen eingebracht.

Bonbon

„Ich werde niemals, niemals eine Wahl versäumen“

(Joachim Gauck, Bundespräsident)

Termine

24.03.12	**10.00 Uhr**	**AWO Kreiskonferenz NR**
	14.00 Uhr	**Bonn Marathon Tibet-Team**
25.03.12	**11.00 Uhr**	**SPD-Oberbieber**
26.03.12 - 30.03.12		**Sitzungswoche in Berlin**